



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bayerische Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf Fluchtherkunftsregionen und Transitländern konzentrieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit bestehende Haushaltsmittel einzusetzen, um damit Fluchtursachen nach Europa schon vor Ort entgegenwirken zu können und die betroffenen Staaten zu unterstützen und zu stabilisieren.

Begründung:

Der Freistaat Bayern engagiert sich im Rahmen seiner Möglichkeiten weltweit mit entwicklungspolitischen Maßnahmen, um die Lebensbedingungen von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbessern. Dies geschieht in Bereichen wie gute Regierungsführung, Politik- und Institutionenberatung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Klimaschutz, Umwelt und Energie, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, Ernährungssicherheit und ländliche Räume, Stadtentwicklung und Bauwesen sowie Kultur, Migration und Entwicklung. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatsregierung sind dabei nicht nur inhaltlich, sondern auch geografisch weit gestreut. Angesichts der sich zuspitzenden Flüchtlingssituation in der europäischen Nachbarschaft wie Nordafrika und dem Nahen Osten soll die Staatsregierung künftig auch einen Fokus ihrer Tätigkeiten auf die Fluchtherkunftsregionen und Transitländer legen, bestehende Haushaltsspielräume ausnutzen und dabei den inhaltlichen Schwerpunkt auf die Flüchtlingsproblematik eingrenzen. Zwar ist Entwicklungszusammenarbeit aufgrund teils gravierender kriegerischer Auseinandersetzungen direkt in den Fluchtherkunftsstaaten kaum möglich, aber hier kann eine Intensivierung der Aktivitäten in den Nachbar- und Transitländern die entsprechenden Regionen – wie im Falle Syriens mit Ländern wie dem Libanon oder Jordanien – stärken und ihnen bei den konkreten Problemen im Zuge massenhafter Flucht und Vertreibung vor Ort helfen. Ziel und Anspruch bayerischer Entwicklungspolitik muss es angesichts der dramatischen Entwicklungen der vergangenen Monate und Jahre sein, die Situation vor Ort in den Fluchtherkunftsregionen und Transitländern zu verbessern, um Fluchtursachen zielgerichtet zu bekämpfen.